



Wahlprüfsteine BTW 2021, GWÖ Bodensee-Oberschwaben

BTW 2021, GWÖ Bodensee-Oberschwaben	Agnieszka Brugger (Bündnis90/Die Grünen) WK 294	Axel Müller (CDU) WK 294	Heike Engelhardt (SPD) WK 294	Benjamin Strasser (FDP) WK 294
<p>1. Bundestagswahl 2021 heißt Klimawahl ... Was bedeutet dieser Slogan für Ihre zukünftigen Aufgaben im Bundestag?</p>	<p>Noch können wir das Ausmaß der Klimakrise eindämmen, aber dafür dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Ich möchte mich auch deshalb weiter mit voller Energie und vollem Einsatz für die Anliegen der Menschen in der Region, für mehr Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Denn die nächsten Jahre sind entscheidend und müssen eine Zeit des entschlossenen Handelns werden. Als Grüne haben wir deshalb ein Klimaschutz-Sofortprogramm für die nächste Bundesregierung vorgestellt, mit dem wir unter anderem die Erneuerbaren Energien schneller ausbauen, den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen und den Klimaschutz sozial gerecht gestalten wollen. Um diese Aufgaben zu meistern, wollen wir direkt eine Task-Force einrichten, die sich in den ersten 100 Tagen der neuen Bundesregierung wöchentlich trifft. Geleitet wird sie vom Klimaschutzministerium, das außerdem ein Veto-Recht gegenüber den anderen Ministerien erhalten soll. Wenn Gesetze vorgelegt werden, die nicht mit den Klimazielen von Paris in Einklang stehen, kann entsprechend widersprochen werden.</p>	<p>Das bedeutet, dass wir in der kommenden Legislaturperiode das bereits beschlossene Klimapaket konsequent und seriös umsetzen müssen – das gilt im Handeln der zukünftigen Bundesregierung gleichermaßen, wie für den Deutschen Bundestag. Um das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 mit allen ebenfalls beschlossenen Etappen zu erreichen, müssen wir in Teilen der Gesetzgebung die potentiellen Auswirkungen auf das Klima stets mit bedenken! Parallel gilt es, unser Land auf die bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels anzupassen – so etwa sind die Städte „baulich anzupassen“, um bspw. Starkregenereignissen mehr unversiegelte, natürliche Fläche zu geben. Bei allen (gesetzlichen) Maßnahmen ist es entscheidend, dass diese nachhaltig sind und mit allen Akteuren und Betroffenen nachvollziehbar und offen kommuniziert werden. Das gilt jedoch auch losgelöst vom wichtigen Themenbereich Klima für unsere Politik allgemein.</p>	<p>...Klimawandel aufhalten, Klimaschutz bezahlbar für alle und somit sozial gerecht gestalten, nachhaltig produzierten Strom billiger machen, Transformation, die Arbeitsplätze schafft</p>	<p>Der Klimawandel ist ein wichtiges Thema, aber es steht für mich nicht über Themen wie Digitalisierung, Mobilität oder Bildungsaufstieg. Bundestagswahl 2021 heißt für mich Modernisierungswahl. Denn nur mit einer umfassenden Modernisierung unseres Landes werden wir auch die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen können. Wenn wir das richtig anpacken, kann der Klimawandel aber auch zu einer unserer größten Chancen werden. Wir brauchen Forschung, Wissenschaft, Innovationen und die vielen klugen Ideen der Menschen. Neue Technologien führen dazu, Energie bezahlbar umwandeln und gleichzeitig das Klima schützen zu können. Auch bei der Lösung für komplexe Umweltprobleme setze ich auf die Kreativität der Vielen und den Wettbewerb der besten Ideen.</p>
<p>2. Welche sozialen Themen sind für Sie die Dringlichsten für Deutschland in den nächsten Jahren?</p>	<p>Wir müssen die sozialen Netze besser sichern. Corona hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem und wie zentral der Sozialstaat ist. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, gerade in Zeiten persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz, unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollen zu den schönsten und stärksten Räumen des Miteinanders werden. Darüber hinaus wollen wir unsere Einkommen stärken, mit einer Kindergrundsicherung Familien und Kinder absichern und Hartz IV überwinden und durch eine Garantiesicherung ersetzen. Mit einem Energiegeld wollen wir vor allem Geringverdiener*innen und Familien entlasten und so dafür sorgen, dass Klimaschutzmaßnahmen sozial ausgewogen stattfinden.</p>	<p>Von entscheidender Bedeutung für die Gesellschaft und die Zukunft unseres Landes ist die sichere und auskömmliche Versorgung im Alter – dies ist in finanzieller persönlicher Sicht (Rente) zu sehen, aber auch durch die Bezahlbarkeit von Pflege im Alter und durch die Verbesserung der personellen Ausstattung im medizinischen und pflegerischen Bereich zu erzielen. Altwerden darf niemanden in Deutschland Angst bereiten müssen.</p>	<p>...bezahlbarer Wohnraum für alle, 400.000 neue Wohnungen jährlich bauen, davon 100.000 öffentlich gefördert, Mieterhöhungen gesetzlich bremsen, Arbeit, die Wohlstand schafft und bei der niemand krank wird, Mindestlohn von 12 Euro</p>	<p>Bildung ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts und die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes Leben. Die Chance zum sozialen Aufstieg hängt heute mehr denn je von der Bildung ab. Ich möchte, dass jeder Mensch sein volles Potential ausschöpfen kann – und das ein Leben lang. Deshalb will ich, dass modernste Bildung in Deutschland zum Standard wird. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demographischen Wandels und des Wandels am Arbeitsmarkt ist es zwingend nötig, das Altersvorsorgesystem zu modernisieren, nachhaltig finanzierbar zu gestalten und den kapitalgedeckten Teil der Altersvorsorge zu stärken. Wir Freie Demokraten wollen die Rente auf diese Weise enkelfit machen. Eine weitsichtige Finanz- und Sozialpolitik, die morgen und übermorgen im Blick hat, ist entscheidend für die Zukunftschancen des ganzen Landes. Daher machen wir uns stark für zukunftsfeste Sozialsysteme, Fairness für alle Generationen, clevere Investitionen in die Zukunft und ein Haushaltswesen, das diese Ziele konsequent im Blick behält.</p>

Wahlprüfsteine BTW 2021, GWÖ Bodensee-Oberschwaben



BTW 2021, GWÖ Bodensee-Oberschwaben	Jasmin Runge (DIE LINKE) WK 294	Karl-Heinz Pauli (MLPD) WK 294	Sona Pietsch (MENSCHLICHE WELT) WK 294	Siegfried Scharpf (ödp) WK 294
<p>1. Bundestagswahl 2021 heißt Klimawahl ... Was bedeutet dieser Slogan für Ihre zukünftigen Aufgaben im Bundestag?</p>	<p>Dieser Slogan unterstreicht die große Überlebensfrage des 21. Jahrhunderts. Die Politik muss endlich auf die Klimaschutzbewegungen hören und konkrete Maßnahmen auf allen Ebenen in Gang setzen, damit wir unseren Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen leisten. Ganz konkret bedeutet das, dass wir die sozial-ökologische Energie- und Mobilitätswende vorantreiben müssen. Zwei Drittel der weltweiten CO2-Belastung wird von 100 Großkonzernen verursacht. Für konsequenten Klimaschutz bitten wir deshalb nicht die einfachen Leute zur Kasse, etwa durch höhere Mieten oder steigende Strompreise. Im Gegenteil! Wir legen uns mit den Konzernen an und sorgen für faire Übergänge für alle in eine klimagerechte Zukunft. Als Bundestagsabgeordnete werde ich das, sowie auch die Forderungen der Klimaschutzbewegungen mit aller Kraft im Bundestag einbringen.</p>	<p>Im Bundestag wollen wir vor allem die parlamentarische Bühne nutzen, um Aufklärungsarbeit zu leisten: über die beschleunigte Entwicklung zur Umweltkatastrophe, die Hauptverursacher der Umweltzerstörung in der Industrie und die kapitalistische Profitwirtschaft, die Politik der bürgerlichen Parteien, die diesen Interessen dient. Wir wollen so aufzeigen, dass der Kampf gegen die Umweltzerstörung nicht im Parlament entschieden werden kann: notwendig dazu ist eine starke Umweltbewegung im Bündnis mit der Arbeiterbewegung und Jugendbewegung.</p>	<p>... dass ich mich für die Erforschung vieler offener Fragen zum Klimawandel einsetze und gleichzeitig daran arbeite, dessen Auswirkungen zu mindern.</p>	
<p>2. Welche sozialen Themen sind für Sie die Dringlichsten für Deutschland in den nächsten Jahren?</p>	<p>Bei dieser Bundestagswahl spielen eine Reihe von sozialen Themen eine große Rolle, die sich durch die Corona-Pandemie nochmals verschärft haben. Für die nächsten Jahre muss grundsätzlich die Frage geklärt werden: Wer zahlt die Kosten der Corona-Krise? Um das Klima zu retten, müssen wir Wirtschaft und Gesellschaft umbauen. Wessen Leben wird leichter, wer wird es schwerer haben? DIE LINKE kämpft dafür, dass sich niemand zwischen dem Arbeitsplatz und der Zukunft der eigenen Kinder und Enkel entscheiden muss. Klimaschutz mit sicheren Arbeitsplätzen und guten Löhnen zu verbinden: Das geht. Ein krisenfestes Gesundheitssystem, das alle gleich gut versorgt: Das geht. Löhne, die für ein gutes Leben und für sichere Renten reichen: Das geht. Ein Sozialstaat, der alle sicher vor Armut schützt und gute Bildung, bezahlbare Wohnungen, kostenfreien Nahverkehr bereitstellt: Das geht. Wenn alle ihren gerechten Beitrag leisten. Die Supereichen sind in der Corona-Krise reicher geworden, während viele Beschäftigte mit Kurzarbeit kaum über die Runden gekommen sind. Geld ist genug da. Es muss gerecht verteilt und zum Wohle aller eingesetzt werden. Das und vieles muss in den nächsten Jahren angegangen werden. Dafür braucht es eine starke LINKE im nächsten Bundestag, die den Finger in die Wunde legt.</p>	<p>Hier fordern wir u.a.: Erhöhung des Sozialgeldes, Schaffung von ausreichendem bezahlbarem Wohnraum, kostenlose Gesundheitsvorsorge, Senkung der Massensteuern, Renten rauf, Rentenalter runter auf 55 bzw. 60 - auf Kosten der Profite!</p>	<p>... die hohen Mieten in Ballungsgebieten, die steigende Inflation und die unfaire Lastenverteilung der gegenwärtigen Krise. Hinzu kommt die generelle Zunahme der Ungleichverteilung.</p>	<p>Keine Besteuerung der Arbeit, sondern der Rohstoffe und Energie, die in den Produkten steckt. Ressourcen schonen mit einer Kreislaufwirtschaft, kein unnötiger weltweiter Warenhandel sondern Tausch und Bezahlung mit Patenten. Bezahlung der Familienarbeit als anerkannte staatliche Leistung. Stärkung der Familie und konsequent ökologisches Handeln auf allen Gebieten der Gesellschaft.</p>

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Agnieszka Brugger (Bündnis90/Die Grünen) WK 294	Axel Müller (CDU) WK 294	Heike Engelhardt (SPD) WK 294	Benjamin Strasser (FDP) WK 294
<p>3. Worin drückt sich für Sie der soziale Zusammenhalt in Deutschland aus und worin sehen Sie diesen gefährdet? Wie wollen Sie hier gegensteuern?</p>	<p>Viele Menschen bei uns in der Region zeigen großartigen Einsatz für ein gutes Miteinander, im Ehrenamt, während der Coronakrise oder im Engagement für Geflüchtete und eine vielfältige Gesellschaft. Eine lebendige Zivilgesellschaft stärkt somit das Rückgrat unserer Demokratie. Mit einem Demokratiefördergesetz machen wir uns dafür stark, dass diese wichtige Arbeit in Zukunft finanziell besser abgesichert wird. Denn Demokratiefreunde, Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen greifen Menschen nicht nur gezielt an, sondern versuchen auch auf breiter Front Andersdenkende einzuschüchtern und Teile der Zivilgesellschaft und Institutionen zu unterwandern. Von ihnen geht aktuell die größte Gefahr für unsere Demokratie und Gesellschaft aus. Mit einem Bündel aus Prävention, Schutz und Sanktionsmaßnahmen wollen wir Rechtsextremismus zurückdrängen und unsere Demokratie schützen. Wir wollen, dass die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen für alle Sicherheitsorgane an oberster Stelle steht. Viele Menschen leisten hier ihren Dienst mit einer beeindruckenden Motivation und einer glasklaren Haltung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, aber jeder Fall von Rechtsextremismus in unseren Sicherheitsbehörden ist ein Fall zu viel, ein besonderes Sicherheitsrisiko und muss aufgeklärt und geahndet werden.</p>	<p>Der soziale Zusammenhalt in unserem Land kommt beispielsweise im Generationenvertrag der Rentenversicherung stark zum Ausdruck – dass die heute Erwerbstätigen die Rente der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen erarbeiten und dabei nicht über die Maßen belastet werden. Daher sind auch zusätzliche Komponenten der Rentenfinanzierung zu entwickeln, die dem Grundkonzept des Generationsvertrages – der gesellschaftlichen Verantwortung für einander – Rechnung tragen.</p>	<p>...Gefahr: Neiddebatte, die durch Ansätze der konservativen Parteien mit Steuerentlastung für Unternehmen und reiche geschürt wird und das Heraufbeschwören eines „linken Gespenstes“, Gegensteuern: durch Steuerentlastung für weniger Wohlhabende und höhere Besteuerung sehr Wohlhabender</p>	<p>Das Versprechen, den eigenen Weg gehen zu können und sich mit Fleiß und Anstrengung den eigenen Lebensunterhalt zu sichern, ist für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Wichtig ist das Wohin, nicht das Woher! Frei von jeglicher Diskriminierung muss unser Bildungssystem daher jeder und jedem Zugang zu Unterricht und Lehre in Spitzenqualität sichern. Noch immer entscheidet in Deutschland aber stärker die soziale Herkunft über den Bildungserfolg und die individuellen Verwirklichungschancen als in den meisten anderen OECD-Staaten. Das Versprechen, soziale Mobilität zu ermöglichen und die soziale Herkunft von den eigenen Zukunftschancen zu entkoppeln, wird daher eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung der kommenden zehn Jahre sein. Und wir müssen die Kommunen befähigen, ein prosperierendes Gemeinwesen vor Ort organisieren zu können, denn vor allem dort wird sozialer Zusammenhalt organisiert und gelebt.</p>
<p>4. Kennen Sie die Ansätze der GWÖ und wo sind sie Ihnen begegnet?</p>	<p>Als Grüne wollen wir eine sozial-ökologische Marktwirtschaft gestalten, die Wohlstand mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt. Ich begrüße das Konzept der Gemeinwohlökonomie, weil es die Idee des Gemeinwohls konkret lebt und umsetzt. So tragen viele Menschen und Unternehmen dazu bei, dass krisenfester und im Sinne der gesamten Gesellschaft gewirtschaftet wird. Neben meiner Arbeit im Bundestag kenne ich die Ansätze der GWÖ vor allem aus den vielen Besuchen bei kleinen und großen Initiativen aus der Region, von den engagierten Gesprächspartner*innen und Unternehmen. Im Bundestag haben wir uns in den letzten Jahren auch dafür eingesetzt, dass Bundesunternehmen an einem Pilotprojekt Gemeinwohl-Bilanz teilnehmen (Den Antrag dazu gibt es hier: https://dserver.bundestag.de/btd/19/111/1911148.pdf). Darüber hinaus haben wir als grüne Fraktion in diesem Jahr unsere Ideen für ein besseres Lieferkettengesetz in den Bundestag eingebracht, damit Sorgfaltspflichten eingehalten werden und Ausbeutung und Umweltverschmutzung endlich kein Wettbewerbsvorteile mehr sind. In unserem Wahlprogramm setzen wir uns auch dafür ein, dass zielgruppenspezifische Finanzierungsinstrumente geschaffen und die Programme der klassischen Gründungs- und Innovationsfinanzierung ausgeweitet werden. Unser Ziel ist eine Gründungswelle neuer Genossenschaften und von sozial-ökologisch inspirierten und am Gemeinwohl orientierten Unternehmen.</p>	<p>Die Grundsätze sind mir bekannt. Sie finden ihren Niederschlag zum Beispiel im fairen Handel, dem Schutz sozialer Sicherungssysteme sowie den 17 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen. Begegnet sind diese Ziele mir in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung.</p>	<p>...zum Teil, durch Anschreiben an mich als Stadträtin</p>	<p>Die Ansätze sind mir in meiner politischen Arbeit begegnet. Sie sind mir aber nicht im Detail bekannt.</p>

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Jasmin Runge (DIE LINKE) WK 294	Karl-Heinz Pauli (MLPD) WK 294	Sona Pietsch (MENSCHLICHE WELT) WK 294	Siegfried Scharpf (ödp) WK 294
<p>3. Worin drückt sich für Sie der soziale Zusammenhalt in Deutschland aus und worin sehen Sie diesen gefährdet? Wie wollen Sie hier gegensteuern?</p>	<p>Während des ersten Lockdowns im vergangenen Jahr haben viele Menschen solidarisch zusammengestanden. Es wurden breite Diskussionen darüber geführt, was wirklich wichtig ist und welche Arbeiten eine Gesellschaft am meisten braucht, bzw. unterstützen muss. Während sich unsere Bundesregierung auf Applaus und Danksagungen konzentriert hat, und auch in diesem Jahr keine nennenswerten Verbesserungen vorgenommen hat, bleiben die Beschäftigten im Pflege- und Gesundheitsbereich, Erzieher:innen, sowie Busfahrer:innen und Kassierer:innen weiterhin schlecht bezahlt. Hier offenbart sich das grundlegende Problem: Mit Applaus und Danksagungen löst man das Problem nicht, man verschärft es. Um den sozialen Zusammenhalt in Deutschland nicht weiter zu gefährden, braucht es konkrete Maßnahmen, wie einen Mindestlohn von mindestens 13 Euro, wesentlich höhere Löhne für die Beschäftigten im Pflege- und Gesundheitsbereich, sowie einen bundesweiten Deckel, der die Menschen vor den explodierenden Mieten schützt. Für das, und vieles mehr, kämpft DIE LINKE.</p>	<p>In einer Klassengesellschaft kann es einen „sozialen Zusammenhalt“ auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht geben (die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander). Dieser Zusammenhalt ist nur möglich unter den Arbeitern und „kleinen Leuten“, die gemeinsam für ihre Interessen kämpfen. Beim selbstlosen Einsatz der vielen Helfer in den von den Wassermassen zerstörten Regionen konnte man diesen solidarischen Zusammenhalt erleben. Er wird jedoch gefährdet durch die Versuche der Herrschenden, die Menschen mittels Nationalismus, Sozialchauvinismus, Diskriminierung von Minderheiten und Migranten etc. zu spalten. Man kann dem entgegen steuern durch eine entsprechende Aufklärungsarbeit und durch die praktische Zusammenarbeit dieser Gruppe von Menschen.</p>	<p>... vor allem in den Sozialsystemen. Sie sorgen dafür, dass Schwächere von Stärkeren gestützt werden und ermöglichen den meisten Menschen in Deutschland damit einen Lebensstandard, der für viele Milliarden Menschen praktisch unerreichbar ist.</p> <p>Gefährdet ist der soziale Zusammenhalt durch die weiter zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Rechts und Links, Jung und Alt, Reich und Arm, "Homo" und "Hetero", "Verschwörungstheoretiker" und "Schlafschafe", etc. Statt dieser Unterschiede sollten wir unsere Gemeinsamkeiten betonen. Beispielsweise, dass wir alle Menschen sind, die sich nach der Sicherung ihrer Grundbedürfnisse und ihrer freien Entfaltung sehnen.</p>	<p>Seit 1985 arbeite ich für die ÖDP als Stadtrat und später auch als Fraktionsvorsitzender Kreisrat im Kreis Ravensburg. Es gibt kaum einen Kommunalpolitiker/in mit mehr Erfahrungen in Ökologie, Umweltschutz, ÖPNV, Bildung, medizinischer Versorgung, kommunalem Wirtschaften und Handeln. Was ich seit Anfang der Achtziger Jahre gefordert habe, ist heute brandaktuell und fast alle Parteien übertrumpfen sich mit leeren Absichtserklärungen. Ein echter Wandel ist nicht in Sicht!</p>
<p>4. Kennen Sie die Ansätze der GWÖ und wo sind sie Ihnen begegnet?</p>	<p>Viele der Ansätze der GWÖ, wie z.B. die ökologische Nachhaltigkeit, sowie soziale Gerechtigkeit, spiegeln sich in konkreten Forderungen in unserem Wahlprogramm wider. In der LINKEN werden diese Ansätze konsequent behandelt und in die politische Praxis umgesetzt.</p>	<p>Ja – bei verschiedenen Aktivitäten zu sozialen Themen, und Umweltfragen, FFF und solidarische Landwirtschaft, Bürgerkarte u.a.</p>	<p>Der Ansatz einer Gemeinwohl-Ökonomie ist Teil der ganzheitlichen Gesellschaftstheorie PROUT nach P.R. Sarkar, auf welcher unsere politische Arbeit basiert. Das Ziel von PROUT ist das Wohlergehen und Glücklichein aller. Sie definiert Gemeinwohl Wirtschaft als ein System der Produktion, Verteilung, Nutzung und Umwandlung von Mitteln und Ressourcen, das vorrangig die Grundbedürfnisse aller erfüllt. PROUT schlägt eine dezentrale Wirtschaft vor, in der die Anhäufung von privatem Eigentum eingeschränkt wird und die Ressourcen des Universums rational verteilt werden.</p>	<p>Ich habe alles zur Gemeinwohl-Ökonomie gelesen, was mir zur Verfügung stand. Ich bin total begeistert von Ihrer Arbeit. Wir haben die gleichen Ziele! Die ÖDP hat sich aus den selben Absichten entwickelt wie die GwÖ. Unser Gründer Herbert Gruhl war CDU Bundestagsabgeordneter. Er hat mehrere Bücher darüber geschrieben, dass es so nicht weitergehen kann: Ein Planet wird geplündert, Himmelfahrt ins Nichts, Das irdische Gleichgewicht, Der atomare Selbstmord. Gruhl forderte als erster ein totales Umdenken in Politik und Gesellschaft.</p>

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Agnieszka Brugger (Bündnis90/Die Grünen) WK 294	Axel Müller (CDU) WK 294	Heike Engelhardt (SPD) WK 294	Benjamin Strasser (FDP) WK 294
	Damit das gelingt, wollen wir die Rahmenbedingungen für ihr Wirtschaften systematisch verbessern und bestehende Benachteiligungen beseitigen. Den Gründungszuschuss der Arbeitsagenturen wollen wir nicht allein vom wirtschaftlichen Gewinn, sondern auch von sozial-ökologischen Wirkungskriterien abhängig machen. Nicht genutzte Guthaben auf verwaisten Konten wollen wir – sofern keine Erbsprüche vorhanden sind – für einen Fonds nutzen, der zielgerichtet in nachhaltige und soziale Innovationen investiert. Besonders spannend und unterstützenswert finde ich auch die Idee von Verantwortungseigentum, die wir auch in unserem Bundestagswahlprogramm unterstützen.			
5. Welche Aspekte der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie, Soziales) sind Ihnen besonders wichtig? Wie möchten Sie diese Aspekte in den nächsten Jahren fördern und aber auch die Umsetzung einfordern?	Nachhaltigkeit bedeutet für mich konsequenten Klimaschutz und Solidarität, wirtschaftliche Innovation, Wohlstand und globale Gerechtigkeit zum Wohle der Allgemeinheit endlich zusammen zu denken und umzusetzen, statt diese Ziele gegeneinander auszuspielen. Für mich heißt das zum Beispiel eine Mobilitätswende, die nachhaltige Mobilität in den ländlichen Raum etabliert, aber natürlich auch das große Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft, die nachhaltigen Wohlstand für alle schafft. Nachhaltigkeit zusammen zu denken heißt auch, dass Klimaschutz für alle möglich und bezahlbar sein muss. Mit unserem Energiegeld wollen wir die Einnahmen aus dem CO2-Preis vollständig an die Menschen zurückgeben und so für sozialen Ausgleich sorgen.	Alle drei Bereiche hängen miteinander zusammen. Die Ökonomie steht in einer Wechselwirkung zur Ökologie. Ökonomie und Ökologie sind kein Gegensatz mehr. Die Ökologie – die intelligente Umwelttechnik hervorbringt – trägt zu nachhaltigem Wirtschaftswachstum und Wohlstand bei. Damit wird die Ökonomie auch ihrem eigentlichen Sinn und Zweck gerecht, das soziale Leben der Menschen zu verbessern.	...hohe Nachhaltigkeitsstandards, Lieferkettengesetz, globale Mindestbesteuerung, um Abwandern von Unternehmen zu unterbinden, Vorbildfunktion der öffentlichen Hand	Generationengerechte und ausgeglichene Staatsfinanzen, demografiefeste Sozialversicherungssysteme, die Generationen nicht unterschiedlich belasten, sind für mich ein wichtiger Aspekt für Nachhaltigkeit. Dazu gehört ressourcenschonendes Wirtschaften mit Hilfe von Innovation und neuer Technologien. Ich möchte daran mitwirken, dass wir die Nachhaltigkeitsprüfung von Gesetzen stärken, parlamentarisch effektiv verankern und durch eine Generationenbilanzierung ergänzen. Dabei werden Leistungen der Gesellschaft für folgende Generationen den entstehenden Lasten gegenübergestellt.

	BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Jasmin Runge (DIE LINKE) WK 294	Karl-Heinz Pauli (MLPD) WK 294	Sona Pietsch (MENSCHLICHE WELT) WK 294	Siegfried Scharpf (ödp) WK 294
5.	<p>Welche Aspekte der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie, Soziales) sind Ihnen besonders wichtig? Wie möchten Sie diese Aspekte in den nächsten Jahren fördern und aber auch die Umsetzung einfordern?</p>	<p>Als LINKE streiten für die Einheit einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit. Unsere Forderungen basieren immer auf dem Aspekt der nachhaltigen Bewahrung und Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt, welche gleichzeitig eine zutiefst soziale Angelegenheit ist. Deshalb wollen wir auch eine Energie- und Klimapolitik, die, im Gegensatz zu derer von Bündnis 90/Die Grünen, nicht zu neuen sozialen Schiefen und Ausgrenzungsprozessen führt, sondern global das Recht aller Menschen auf gleiche Wohlstandsentwicklung respektiert.</p>	<p>In all diesen Bereichen ist eine „Nachhaltigkeit“ in einem kapitalistischen System nicht möglich, da hier alles der Profitmaximierung untergeordnet wird. Die Durchsetzung von „Nachhaltigkeit“ in den genannten drei Bereichen setzt eine andere Gesellschaftsordnung voraus, in der der Mensch im Mittelpunkt steht und die Einheit von Mensch und Natur verwirklicht werden kann. Dieses Gesellschaftssystem ist für uns der echte Sozialismus. Dazu haben wir mit der Internationalistischen Liste/MLPD eine Kampagne gegen den Antikommunismus gestartet um die Diskussion über ein anderes Gesellschaftssystem zu fördern. Der Antikommunismus soll gerade diese Diskussion verhindern, was ihm allerdings immer weniger gelingt. Die Menschen sehen ja dass der Kapitalismus keine der dringendsten Probleme lösen kann und will. Besonders wichtig ist uns beim Thema Nachhaltigkeit Recycling im gesamten Stoffwechsel von der von Produktionsbeginn bis Wiederverwertung, z.B. Kryorecycling bei Kunststoffen</p>	<p>Der Schlüssel zu all diesen Fragen liegt in einer neuen Ausrichtung der Gesellschaft und der Wirtschaft; weg von profitorientiertem Denken und hin zu einer Gemeinwohl-orientierten Denkweise, die die maximale und bestmögliche Nutzung aller zur Verfügung stehenden Ressourcen zum Ziel hat. Nichts ist wertlos, alles kann verwendet werden. Betrachten wir die Welt vor diesem Hintergrund – und handeln entsprechend – lassen sich all diese Probleme schnell in Wohlfällen auflösen.</p>	<p>Ich halte Elektromobilität wegen der Ressourcenverschwendung für schwierig, bin für Wasserstoffausbau und halte es für abartig, wieviel Zeit im Auto verbracht wird. Ich bin gegen die absolute Digitalisierung und finde es verrückt, dass wir Menschen 8 Stunden und mehr am Tag in eine Glasscheibe schauen sollen! Seit 30 Jahren haben wir Kaufkraftverlust und das erwirtschaftete Geld fließt in immer dubiosere Kanäle. 85 Prozent der Daxgewinne fließen ins Ausland und wir ruinieren die Natur, die Gesundheit und die Mitmenschlichkeit! Man müsste eine Prämie bekommen, wenn man die Dinge lange nutzt und nicht wenn man sie wegwirft. Unser Schulsystem entspricht nicht der Natur unserer Kinder und das Pharmasystem ist selbst ein Krebsgeschwür. Altersheime sind für einen schönen Lebensabend nicht geeignet und unsere Wohnformen sind eine Katastrophe.</p>

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Agnieszka Brugger (Bündnis90/Die Grünen) WK 294	Axel Müller (CDU) WK 294	Heike Engelhardt (SPD) WK 294	Benjamin Strasser (FDP) WK 294
<p>6. Inwieweit haben Sie bisher die UN Agenda 2030 in ihrer politischen Arbeit eingesetzt oder sich darauf bezogen?</p>	<p>Globale Herausforderungen wie Pandemien, Hunger, Migration, Klima- oder Finanzkrise brauchen globale Lösungen. Denn die Zeit drängt. Wir wollen die weltweite sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Die Menschenrechte, die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und das Pariser Klimaabkommen sind hierfür wichtige Fundamente für eine gerechtere globale Entwicklung und Globalisierung und die Leitschnur in all unseren Anträgen und in unserem Wahlprogramm. Dafür setzen wir uns als Grüne ein, im Plenum und in den Ausschüssen des Bundestags, in unseren Anträgen, auf öffentlichen Veranstaltungen und in Gesprächen mit unseren Partner*innen und Regierungsvertreter*innen. Eine besondere Rolle haben diese für mich auch gespielt, als ich gemeinsam mit vielen Bundestagskolleg*innen ein Maßnahmenpaket für globale Solidarität in der Pandemie formuliert habe.</p>	<p>Die Gesetzgebung des Deutschen Bundestages – mit vielen Initiativen und Anträgen der Fraktion, aber auch in den Beratungen der Gesetzesentwürfe, die von der Bundesregierung erarbeitet werden – orientiert sich bewusst am Ziel eines nachhaltigen Deutschland, das Teil eines Netzwerkes von internationalen Partnern ist. Nicht jede Gesetzgebung lässt vielleicht auf den ersten Blick erkennen, wie konkret mit diesen Maßnahmen Ziele der UN-Agenda 2030 berührt werden. Bei Maßnahmen nationaler Reichweite und mit allein bundesweitem Adressatenkreis gilt für mich jedoch immer, dass sich ein Gesetz am Wohl für „Mensch, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft“ messen lassen muss. Die Ausrichtung an den globalen Nachhaltigkeitszielen ist für mich kein Ausfluss von „political correctness“ oder scheint mir „gerade modern“, sondern ist Teil der beschlossenen Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und für Deutschland und seine Bevölkerung im ureigenen Interesse. So wie wir keinen in unserer Gesellschaft zurücklassen wollen, muss es auch global gelten: „leave no one behind“. Das konsequente Anwenden dieser Strategie bedeutet mitunter, dass wir auch global Verantwortung übernehmen müssen. Dabei entstehen Spannungsfelder, in denen sich rein marktwirtschaftliche, rein nationale Betrachtungen bspw. den an der Nachhaltigkeitsstrategie orientierten Maßnahmen gegenüberstehen.</p> <p>Dieses Spannungsfeld gelingt uns zunehmend durch europäische und internationale partnerschaftliches agieren abzubauen. Das Lieferkettengesetz ist ein gutes Beispiel dafür. Deutschland ist durch seine globale volkswirtschaftliche Verflechtung und angesehene Exportnation in der besonderen Verantwortung und auch Lage, auf die Verbesserung der weltweiten Menschenrechtssituation entlang von Lieferketten hinzuwirken. Das Gesetz macht deutlich, dass Einflussmöglichkeit verpflichtet. Dieses Prinzip wurde auch auf unternehmerische Tätigkeiten übertragen. Darüber hinaus schätze ich die Bemühungen der Bundesregierung im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die zunehmend die deutsche „Entwicklungshilfe“ zu einer Förderung von Bildung, Wissenschaft und Innovation als Treiber einer nachhaltigen Entwicklung verstehen und in partnerschaftlicher Zusammenarbeit Existenzen und Perspektiven vor Ort auf- und ausbauen.</p>	<p>...im Gemeinderat, indem ich Klimaschutzmaßnahmen einfordere, entsprechende Anträge einbringe oder unterstütze, Baumschutzsatzung; ich habe einen Antrag eingebracht, demzufolge alle Entscheidungen der Stadt Ravensburg auf Nachhaltigkeit zu überprüfen sind</p>	<p>Die 17 Ziele der UN Agenda 2030 begegnen mir an vielen Punkten meiner politischen Arbeit. Nicht zuletzt als Gemeinde- und Kreisrat ist das Ziel 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ ein wesentlicher Punkt meines Wirkens.</p>

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Jasmin Runge (DIE LINKE) WK 294	Karl-Heinz Pauli (MLPD) WK 294	Sona Pietsch (MENSCHLICHE WELT) WK 294	Siegfried Scharpf (ödp) WK 294
<p>6. Inwieweit haben Sie bisher die UN Agenda 2030 in ihrer politischen Arbeit eingesetzt oder sich darauf bezogen?</p>	<p>Die konkreten Ziele der UN Agenda 2030 spiegeln sich in unserem Wahlprogramm wider. Beispielsweise fordern wir, dass der Beitrag zum Erreichen der UNO Nachhaltigkeitsziele der neue Maßstab für den Erfolg von Politik wird. Das muss sich auf allen politischen Ebenen widerspiegeln und ist nicht nur alleinige Aufgabe der Bundesregierung. Die bisherige europäische Handelspolitik beschleunigt ein Wirtschaften in eine Richtung, die zulasten der Rohstoffressourcen unseres Planeten geht und gleichzeitig die soziale Ungleichheit vergrößert. Deshalb braucht es hier auf europäischer Ebene ein Umdenken. Die veraltete Freihandelslogik hat ausgedient und muss mittelfristig durch ein modernes Kooperationsabkommen mit wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen ersetzt werden. Für DIE LINKE ist das Maßstab unserer Politik.</p>	<p>Diese Agenda wie alle anderen UN-Programme sind völlig unzureichend, um die drohende Umweltkatastrophe zu verhindern. Deshalb orientieren wir uns nicht daran, sondern an wissenschaftlichen Analysen, die die Faktoren der Umweltkrise in ihrer Wechselwirkung untersuchen und auf diesen Grundlagen die dringend notwendigen Sofortmaßnahmen zu bestimmen. Mit dem Buch „Katastrophenalarm! Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“ haben wir schon vor 7 Jahren mit Wissenschaftlern zusammengearbeitet und eine fundierte Analyse der drohenden Umweltkatastrophe und ihrer Lösung erarbeitet. Diese Analyse von 9 Hauptfaktoren und weiterer Einflüsse hat sich in der bisherigen Entwicklung auch bestätigt. Das Buch können Sie über mich oder über www.neuerweg.de bekommen.</p>	<p>Garnicht. Wir kennen die Agenda 2030 und teilen manche Ziele und andere nicht.</p>	

	BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Agnieszka Brugger (Bündnis90/Die Grünen) WK 294	Axel Müller (CDU) WK 294	Heike Engelhardt (SPD) WK 294	Benjamin Strasser (FDP) WK 294
7.	Welchen Schwerpunkt setzen Sie für eine nachhaltige Entwicklung auf Bundesebene in den nächsten 4 Jahren?	Als führende Exportnation muss Deutschland einen echten Beitrag zur gerechteren und nachhaltigeren Globalisierung leisten. Wir fordern die Einhaltung der Menschenrechte, der UN-Nachhaltigkeitsziele sowie des 1,5 Grad Ziels nicht nur von anderen ein. Wir müssen diese selbst systematisch im Blick behalten und hierfür die Ressourcen und Instrumente zur Verfügung stellen. Wir wollen Armut und soziale Ungleichheit verringern, Geschlechtergerechtigkeit, Bildung und Gesundheit fördern, mit einer globalen Agrarwende den Hunger beenden, die Klimakrise bekämpfen, Demokratie und Menschenrechte stärken und faire Handelsabkommen schließen. Es ist im Eigeninteresse der Wirtschaft, mehr Verantwortung für das Gemeinwohl und eine gerechtere Globalisierung zu übernehmen. Wir setzen hierbei auch auf globale Steuergerechtigkeit sowie ein wirkungsvolles Lieferkettengesetz.	Wir müssen nachhaltig wirtschaften, um unsere Ressourcen zu schonen. In Gesetzgebungsverfahren muss sich dies niederschlagen. Beispielsweise in einer noch weitergehenden Stärkung der Kreislaufwirtschaft, insbesondere was Recycling und die damit mittelbar verbundene Rohstoffsicherung anbelangt. Dies wird in Zukunft über unseren wirtschaftlichen Erfolg mitentscheiden – und damit über die Steuereinnahmen schließlich über unsere Staatsfinanzen, die wir auch für Bundesprogramme für Klimamaßnahmen u.ä. verwenden.	...die 17 Ziele der UN Agenda 2030 konsequent bei jeder Entscheidung einhalten	Damit sich unser Land nachhaltig entwickeln kann, müssen wir es umfassend modernisieren. Dabei setzen wir Freien Demokraten auf Freiheit und Verantwortung. Wir setzen auf die Kraft der Sozialen Marktwirtschaft und wirtschaftliche Prosperität. Das legt nicht nur die finanzielle Grundlage für Nachhaltigkeit, sondern schafft dafür auch die notwendigen technologischen Innovationen, die ein dirigistisches Staatsmodell mit Bevormundung nie schaffen wird.
8.	Mit welchen Ansätzen beabsichtigen Sie die Nachhaltigkeitsentwicklung zielorientiert zu managen?	Alle Politikbereiche wollen wir auf die sozial-ökologische Transformation ausrichten, einen Nationalen Rat für Frieden, Nachhaltigkeit und Menschenrechte einrichten sowie einen Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen. Auch ein verbessertes Lieferkettengesetz ist dabei ein wichtiges Instrument. Wir werden die 0,7-% Zusage zur Entwicklungsfinanzierung (ODA) bis 2025 erfüllen sowie weitere 10 Mrd. EUR für die internationale Klimafinanzierung bereitstellen. Für die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und der Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen werden wir die internationale Zusammenarbeit finanziell und konzeptionell darauf ausrichten, Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe zu erreichen sowie reproduktive Gesundheit und das Recht auf Bildung in allen Projekten zu verankern. Entwicklungspolitik ist für uns globale Strukturpolitik, die Beiträge für globale Gerechtigkeit liefert und konkret zur Umsetzung dieser Ziele beiträgt. Das heißt für uns auch, unsere Beziehungen zum Globalen Süden von kolonialen und patriarchalen Denkmustern zu befreien, unsere Handelspolitik fairer zu gestalten, Staateninsolvenzverfahren zu schaffen, für mehr Gerechtigkeit in internationalen Organisationen wie Weltbank und IWF zu sorgen sowie unsere Finanzierungsverpflichtungen verlässlich einzuhalten. Wir wollen die Vereinten Nationen und multilaterale Zusammenarbeit stärken, um mit der EU und den VN mehr Wirkung für Nachhaltigkeitsentwicklung zu erzielen.	In dem Anreize gesetzt werden, weniger unverwertbare Abfälle zu produzieren, indem Forschung und Entwicklung gefördert werden, um abfallärmere Produkte zu entwickeln und Rezyklate zu erzeugen, die sich gegen Primärprodukte auf dem freien Markt durchsetzen können, fördern wir eine sog. Nachhaltigkeitsentwicklung. Entscheidend ist weniger die Abfallvermeidung – viel entscheidender ist, dass dieser Abfall nutzbar werden kann. Unser Bewusstsein für die Rohstoffqualität von Abfall muss geschärft werden. Das gilt es auch durch rechtliche Rahmen unternehmerisch und gesellschaftlich zu verankern.	...siehe 7 – UN-Agenda als Grundhaltung etablieren	Wir müssen weg vom Gegensatzdenken bei Wirtschaft und Klima. Wohlstand und Nachhaltigkeit, Wachstum und Klimapolitik, wirtschaftliche Stärke und ökologische Verantwortung müssen wir verbinden. Das geht mit mehr Freiheit und weniger Dirigismus. Das ist unser Ansatz für die nächsten vier Jahre.
9.	Was war die letzte nachhaltige Maßnahme, die Sie persönlich umgesetzt haben? Welche Erfahrung haben Sie damit gemacht?	Ich bin Vegetarierin und achte darauf, möglichst nachhaltig zu konsumieren. Aber perfekt bin ich da nicht. Ich besitze selbst keinen Führerschein und bin sehr viel mit dem öffentlichen Nahverkehr unterwegs. Auch nach Berlin pendle ich, wenn möglich, mit dem Zug. Wenn ich dann doch mal fliegen muss, kompensiere ich das dadurch verursachte CO ₂ .	Dass ich die letzten vier Jahre in Berlin nahezu durchweg mit dem Fahrrad meine Termine außerhalb des Büros – ohne die regelmäßige Nutzung des Fahrdienstes – absolviert habe, sehe ich als einen kleinen Beitrag an. Die Erfahrung war nahezu durchweg positiv. Das hält fit und ich war immer direkt am angesteuerten Objekt – ohne Parkplatzprobleme, ohne Fahrer.	...ich verzichte seit Jahren auf unnötige Verpackungen, kaufe regional ein und verzichte als Fußgängerin wann immer möglich aufs Auto	Ich esse weniger Fleisch. Und nicht nur da achte ich auf regionale Lieferketten.

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Jasmin Runge (DIE LINKE) WK 294	Karl-Heinz Pauli (MLPD) WK 294	Sona Pietsch (MENSCHLICHE WELT) WK 294	Siegfried Scharpf (ödp) WK 294
7. Welchen Schwerpunkt setzen Sie für eine nachhaltige Entwicklung auf Bundesebene in den nächsten 4 Jahren?	Wir setzen eine Reihe von verschiedenen Schwerpunkten, speziell bei der ökologischen Nachhaltigkeit. Zum einen zählt hierzu eine nachhaltige ökologische Land- und Forstwirtschaft, wozu die gesündere Erhaltung von Wäldern, der Schutz von Boden und Gewässern, sowie eine Stärkung des Artenschutzes zählt. Hierfür sind sowohl die Landesregierungen, als auch die Bundesregierung gefragt. Eine nachhaltige Landwirtschaft, wie sie von Vereinen wie „Solidarische Landwirtschaft“ ausgeübt wird, muss der neue Maßstab werden. Statt billiger Lebensmittel mit oft fragwürdiger Produktionskette braucht es gute und bezahlbare Produkte, bei deren Herstellung auch die Beschäftigten in den jeweiligen Betrieben fair bezahlt werden. Regional und ökologisch produzieren: Das muss die Devise sein. Die Politik muss hierbei aktiv Landwirt:innen dabei unterstützen und entsprechende Anreize schaffen.	Wie bereits erwähnt, setzt eine „nachhaltige Entwicklung“ ein Gesellschaftssystem voraus, in dem die Wirtschaft, Politik, Kultur etc. nicht von den Profitinteressen einiger weniger diktiert wird. Im Rahmen des Kapitalismus kann es also keine „nachhaltige Entwicklung“ geben. Man kann und muss jedoch jetzt schon für notwendige Sofortmaßnahmen eintreten (z.B. forcierte Umstellung auf erneuerbare Energien bis 2030 auf Kosten der Profite, sofortige Stilllegung aller Braunkohlekraftwerke, Atomkraftwerke abschalten sofort, kostenloser öffentlicher Nahverkehr etc.)	Was in einer Gesellschaft möglich ist hängt von ihren Mitgliedern ab. Ganzheitliche Bildung ist daher essentiell.	
8. Mit welchen Ansätzen beabsichtigen Sie die Nachhaltigkeitsentwicklung zielorientiert zu managen?	Wie bereits bei den vorherigen Fragen angerissen, braucht es eine gezielte Anreizstruktur für landwirtschaftliche Betriebe, damit sie möglichst schnell auf 100% Prozent ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung umstellen können. Dabei muss selbstverständlich eine Übergangszeit zur ökologischen Produktion abgesichert werden. Darüber hinaus muss sich auch bei den Arbeitsbedingungen, sowie auch beim Tierwohl in der Fleischindustrie einiges tun. Hier hat Julia Klöckner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, vollkommen versagt. Während sie auf „Freiwillige Selbstverpflichtung“ der Lebensmittelindustrie setzt, reiht sich ein Skandal an den nächsten, wie Tönnies eindrucksvoll gezeigt hat. Es braucht eine verbindliche Kennzeichnung von Produkten, sowie wesentlich strengere Kontrollen für die Lebensmittelindustrie.	Das ist schon mit der vorherigen Frage beantwortet: in einer kapitalistischen Gesellschaft lässt sich eine „Nachhaltigkeitsentwicklung“ nicht „zielorientiert managen“. Es kann nur angestrebt werden, bestimmte notwendige Maßnahmen durchzusetzen. Selbstverständlich achten wir in unserer Parteiarbeit auf Nachhaltigkeit, haben bei den Parteiliegenschaften in den letzten Jahren z.B. Photovoltaikanlagen eingebaut. Oder fahren zu Parteiaktivitäten wenn möglich mit der Bahn.	Mit dem Ansatz „RDS - Review, Defect, Solution“. Das bedeutet regelmässig Rückschau zu halten, die Fehler klar heraus zu arbeiten und Lösungen zu finden.	
9. Was war die letzte nachhaltige Maßnahme, die Sie persönlich umgesetzt haben? Welche Erfahrung haben Sie damit gemacht?	Seit nun mehr als 13 Jahren lebe ich vegetarisch und verzichte damit in meiner Ernährung auf Fleisch. Zusätzlich versuche ich seit mehreren Jahren auf Plastik zu verzichten und mich hauptsächlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln, wie Bus und Bahn, fortzubewegen.	Irgendwelche Maßnahmen – gleich welcher Art – können nicht persönlich umgesetzt werden. Dazu muss man sich mit anderen Menschen zusammenschließen. Im persönlichen Leben kann man allenfalls einen kleinen Beitrag zu den gesellschaftlichen Problemen leisten z.B. durch eine umweltbewusste, gesundheitsbewusste Lebensweise. Dadurch setze ich auch ein Beispiel für andere Leute. Eine Lösung der hier genannten Probleme ist dadurch nicht möglich, da diese gesellschaftliche Ursachen haben und entsprechend gesellschaftlich gelöst werden müssen.	Mein Volontariat in dem Frauen und Mädchen Zentrum für ganzheitliche Entwicklung Ananda Diipa in Vogt. Dort war ich Co-Leitung eines Intensiv Trainings für physische, mentale und spirituelle Potentialentfaltung. Die Investition in unsere Zukunft durch ganzheitliche Bildung ist das nachhaltigste was wir im Moment tun können. Meine Erfahrung hiermit war durchweg positiv, sowohl für meine eigene Entwicklung als auch für die der Teilnehmerinnen.	

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Agnieszka Brugger (Bündnis90/Die Grünen) WK 294	Axel Müller (CDU) WK 294	Heike Engelhardt (SPD) WK 294	Benjamin Strasser (FDP) WK 294
<p>10. Was möchten Sie der Gemeinwohl-Ökonomie Bewegung, vor dem Verfassungshintergrund - alles wirtschaften soll dem Gemeinwohl dienen - mit auf den Weg geben?</p>	<p>Die Idee einer Wirtschaft, die auch dem Gemeinwohl dienen soll, ist gesetzlich tief verankert. In der Praxis der Unternehmensführung gilt jedoch größtenteils nach wie vor: Shareholder Value vor Public Value. Auf Dauer kann es aber keine wirtschaftliche Entwicklung unter Missachtung der planetaren Grenzen geben. Ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen sind stark miteinander verwoben, und eine kluge, weil ganzheitliche Unternehmensführung berücksichtigt diesen Aspekt der Nachhaltigkeit. Unternehmen müssen ökonomische Entscheidungen treffen, müssen aber auch Folgen im Hinblick auf langfristige Kosten und Risiken einkalkulieren. Ich bin mir sicher, die Idee der Gemeinwohl-Ökonomie geht hier einen guten Schritt weiter. Die vielen in der Gemeinwohlökonomie engagierten Menschen, Unternehmen und Genossenschaften sind Vorbilder und Pionier*innen dafür, dass Werte wie Menschenrechte, Solidarität, Gerechtigkeit, Klimaschutz, Transparenz und demokratische Mitbestimmung Hand in Hand mit klugen unternehmerischen Entscheidungen gehen können. Das ist etwas, was ich als Bundestagsabgeordnete auch im Bundestag weiter unterstützen möchte. Unternehmen, die am Gemeinwohl orientiert sind, sollten deshalb besonders unterstützt werden.</p>	<p>...dass die Vermehrung von Geldkapital im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft weniger kritisch gesehen wird, sondern eher als ein Zwischenschritt – vielleicht sogar als eine Notwendigkeit erkannt wird, um zu dem angestrebten Ziel eines guten Lebens für alle zu kommen vorausgesetzt man nutzt das vermehrte Kapital entsprechend den Zielen der Gemeinwohlökonomie.</p>	<p>...bitte geben Sie weiterhin wichtige Impulse an die politisch Verantwortlichen und sehen Sie es den ehrenamtlich Tätigen nach, wenn sie nicht auf jedes Schreiben sofort und direkt reagieren</p>	<p>Als Freier Demokrat setze ich auf die Schubkraft der Freiheit und die Innovationsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft. Sie sind auch der Garant dafür, dass Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit finanziert werden kann. Wir setzen in Deutschland derzeit leider zu wenig auf die Kräfte des Marktes, um die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern.</p>
<p><i>Ihre Kontaktdaten (Name, email, ggf. Telefon):</i></p>	<p>Agnieszka Brugger, Mitglied des Deutschen Bundestages Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Politische Koordinatorin für Internationale Politik und Menschenrechte Bündnis90/Die Grünen</p> <p>Tel.: 030 227 - 71569 E-Mail: agnieszka.brugger.ma09@bundestag.de</p> <p>www.agnieszka-brugger.de @agnieszka_mdB</p>	<p>Axel Müller MdB Wahlkreis Ravensburg Vorsitzender Richter am Landgericht a.D.</p> <p>cduaxelmuller@t-online.de</p>	<p>Heike Engelhardt</p> <p>SPD-Kreisvorsitzende Bundestagskandidatin Spohnstraße 9/1 88212 Ravensburg</p> <p>Telefon 0751 22197 Mobil 0151 26642791</p> <p>heike.engelhardt@spd-rv.de</p>	<p>Benjamin Strasser</p> <p>Tel: (030) 227-78419 Fax: (030) 227-70422 Mail: benjamin.strasser@bundestag.de Web: www.benjamin-strasser.de</p>
<p><i>Wahlkreis/ Liste/ Partei</i></p>	<p>Wahlkreis 294 Ravensburg Bündnis90/Die Grünen</p>	<p>Wahlkreis 294 Ravensburg CDU</p>	<p>Wahlkreis 294 Ravensburg SPD</p>	<p>Wahlkreis 294 Ravensburg FDP</p>

BTW 2021, GWÖ Bodensee- Oberschwaben	Jasmin Runge (DIE LINKE) WK 294	Karl-Heinz Pauli (MLPD) WK 294	Sona Pietsch (MENSCHLICHE WELT) WK 294	Siegfried Scharpf (ödp) WK 294
<p>10. Was möchten Sie der Gemeinwohl-Ökonomie Bewegung, vor dem Verfassungshintergrund - alles wirtschaften soll dem Gemeinwohl dienen - mit auf den Weg geben?</p>	<p>Die Gemeinwohl-Ökonomie Bewegung kritisiert an das auf Wachstum und Profit ausgelegte Marktwirtschaftssystem. Sie zeigt auf, wie wichtig eine Gesellschaft ist, die auf Nachhaltigkeit und Solidarität setzt. Daraus ziehe ich in vielen Punkten eine Bestätigung für mein politisches Wirken, sowie auch für die politische Agenda der Partei DIE LINKE. Ich hoffe sehr, dass wir, gemeinsam mit dem Druck von Bewegungen, von der Zivilgesellschaft, sowie auch mit dem politischen Druck diese Veränderung auf allen gesellschaftlichen Ebenen erreichen und ermutige Sie den Kampf für „ein Wirtschaften, welches dem Gemeinwohl dient“ fortzusetzen. DIE LINKE wird hierfür eine verlässliche Partnerin sein.</p>	<p>Im Grundgesetz steht: „Eigentum verpflichtet, Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Das Gemeinwohl steht in der Verfassung auf dem Papier – die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus. Folgendes ist hier anzumerken:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen Privateigentum und Eigentum an Produktionsmitteln. 2. Die Erfahrung zeigt, dass durch Appelle an die Eigentümer von Produktionsmitteln ein Wirtschaften zum „Gemeinwohl“ nicht möglich ist, da diese in einer „Marktwirtschaft“ (einer kapitalistischen Wirtschaft) nur profitorientiert wirtschaften wollen – und bei Strafe des eigenen Untergangs auch nicht anders können. 3. Eine „Gemeinwohl-Ökonomie“ setzt somit eine Gesellschaft voraus, in der auch die Produktionsmittel vergesellschaftet sind und nur so dem „Gemeinwohl“ zunutze kommen können (keine private Aneignung der erzielten Gewinne, diese kommen der gesamten Gesellschaft zugute). <p>Es gibt historische Erfahrungen der utopischen Sozialisten – Prudhon in Frankreich, Owen in England und Amerika, u.a. die diesen Weg gegangen und an den kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten gescheitert sind. Dazu hat Friedrich Engels geforscht und ist in seinem Werk „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ und anderen seiner Werke nachzulesen.</p>	<p>In einer echten Gemeinwohl-Ökonomie darf das Profitmotiv nicht maßgeblich sein. Es führt zu einer Orientierung auf Eigennutz und steht damit im Widerspruch zum Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.</p>	<p>Lieber Herr Aicher, die ÖDP wird nicht in den nächsten Bundestag einziehen! Wir haben 10 Kinder und 14 Enkel, meine Frau ist Ärztin für Allgemeinmedizin, Naturheilkunde und Homöopathie. Wir werden im privaten Bereich unsere politischen Absichten leben, in der Hoffnung, dass das Gute eines Tages gewinnt. Ihnen wünsche ich für Ihre Arbeit alles Gute und viel Erfolg.</p>
<p>Ihre Kontaktdaten (Name, email, ggf. Telefon):</p>	<p>Jasmin S. Runge Bundestagskandidatin der Partei DIE LINKE im Wahlkreis 294 Ravensburg runge@linke-ravensburg.de</p>	<p>Karl-Heinz Pauli Friedrichshafen@mlpd.de</p>	<p>Sona Pietsch s.pietsch@menschlichewelt.de</p>	<p>Siegfried Scharpf Schornsteinfegermeister, Fraktionsvorsitzender Kreisrat Telefon: 0171 330 480 9 Mail: Kaminfeger.Scharpf@t-online.de</p>
<p>Wahlkreis/ Liste/ Partei</p>	<p>Wahlkreis 294 Ravensburg DIE LINKE</p>	<p>Wahlkreis 294 Ravensburg MLPD</p>	<p>Wahlkreis 294 Ravensburg MENSCHLICHE WELT</p>	<p>Wahlkreis 294 Ravensburg ÖDP</p>